

Polizeispiegel

Januar/Februar 2025 | 59. Jahrgang

Deutschland wählt

Wahlprüfsteine zur Sicherheitspolitik



SEITE 7

Beginn der Tarifverhandlungen für
Beschäftigte von Bund und Kommunen

SEITE 10

Bundesverfassungsgericht bestätigt
Gebührenregelung für Hochrisikospiele

Der Landesvorsitzende hat das Wort *Zum neuen Jahr*

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

einen friedlichen Jahreswechsel stellt man sich anders vor, als wir ihn erlebt und wahrgenommen haben.

Ein Pkw, der mit hoher Geschwindigkeit über den Weihnachtsmarkt in Magdeburg rast und dessen Fahrer damit unschuldige Menschen in den Tod reißt und zahlreiche andere teils schwer verletzt. Ein Szenario, das uns alle zutiefst schockiert hat und uns mit den Angehörigen der Opfer solidarisch verbindet. Ihnen gehört unser tiefes Mitgefühl und mit ihnen trauern wir in Ohnmacht und Fassungslosigkeit.

Eine Silvesternacht, die in deutschen Großstädten und besonders in Berlin einherging mit grundloser Gewalt und gezielten Angriffen auf Polizisten und Rettungskräfte. Das sind Übergriffe, die von der großen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt und verurteilt werden. Die Täter müssen schnell und mit aller Härte unserer Gesetze bestraft werden. Sowohl strafrechtlich, aber auch ausländerrechtlich, wenn dies der Fall ist. Die Furcht vor gewaltbereiten Gruppierungen unter den Menschen in Deutschland nimmt zu, darf aber nicht zunehmend das gesellschaftliche Leben, schon gar nicht an solchen Tagen bestimmen.

In Magdeburg hat der Täter ein Auto als Waffe benutzt, Messer werden im öffentlichen Raum verboten, weil Täter mit ihnen andere Personen verletzen oder töten wollen, und deshalb unterliegen einige von ihnen auch dem Waffengesetz. Böller und Raketen zu Silvester gegen Menschen zu richten und abzufeuern, ist ebenso kriminell wie menschenverachtend.

Müssen wir aufgrund dessen bundesweit die Nutzung aller Pkw in der Vorweihnachtszeit verbieten? Um ein bundesweites Böllerverbot umzusetzen, benötigte man in allen Bundesländern entschieden mehr Polizistinnen und Polizisten. Der Handel mit Pyrotechnik vor Silvester müsste vollständig eingestellt werden, was wiederum Arbeitsplätze in der herstellenden Industrie kosten würde. Warum den Familienvater bestrafen, der im verantwortungsvollen Umgang mit Feuerwerkskörpern seinen



Kindern ein begeisterndes Lächeln in die Gesichter zaubern möchte?

Vielmehr sollte man möglicherweise über eine Preiserhöhung für diese Produkte nachdenken und jene ermitteln, die es jedermann ermöglichen, auf welchen Wegen auch immer gefährliche Kugelbomben käuflich erwerben zu können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die gesellschaftliche Debatte zeigt, dass die Meinungen dazu sehr unterschiedlich sind und es auch sein dürfen, sind doch die Standpunkte dazu auch sehr verschieden.

Mir ist es wichtig, euch ein gesundes und friedvolles neues Jahr zu wünschen. Ich beziehe alle Rettungskräfte und Feuerwehrleute mit ein und wünsche euch immer ein gutes Gefühl und Gespür in euren Einsätzen und dass ihr immer gesund und wohlbehalten daraus nach Hause kommt. Besonnenheit und Mut gehören dazu und davon wünsche ich euch das meiste. Mit Mut und Besonnenheit gehen wir auch das neue Jahr an, wenn es gilt, eure Interessen mit unserem gewerkschaftlichen Einsatz durchzusetzen.

Wir wollen und müssen etwas erreichen, um den mittleren Dienst in Brandenburg zukunftssicherer und attraktiver zu gestalten. Die in diesem Jahr anstehenden Tarifverhandlungen gehen uns alle etwas an, gilt es doch, den Forderungen des dbb nach 8 Prozent Erhöhung ein Gesicht zu verleihen und dafür lautstark zu den Verhandlungsrunden aufzurufen.

Berücksichtigt man die zahlreichen Teuerungen, die das neue Jahr mit sich bringen, bei der Bahn und bei der Post, in der Grundsteuer oder beim Blick auf die Tanksäulen, kommt man zu der Erkenntnis, die Forderung des Deutschen Beamtenbundes ist keinesfalls überzogen, sondern gerechtfertigt. Unterstützt mit uns gemeinsam den dbb und kommt zu den Verhandlungsrunden, um Flagge zu zeigen. Es geht um unsere Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst und deren Anlehnung an die Beamtenbesoldung. Jeder ist gern gesehen.

Wir alle wissen, wie gefährlich unser Beruf als Polizistin und Polizist in Deutschland und in Brandenburg geworden ist und das erst recht nach diesen exzessiven Gewaltausbrüchen am Ende des Jahres 2024. Dafür gehört es sich, anständig entlohnt zu werden.

*Peter Neumann,
Landesvorsitzender*

IMPRESSUM

Redaktion:
Kay Gallin (v. i. S. d. P.)
Landesgeschäftsstelle:
DPoIG Brandenburg
Hegelallee 57
14467 Potsdam
Tel.: 0331.2804455
Fax: 0331.2708539
Internet:
www.dpolg-brandenburg.com
ISSN: 0945-0521

DPoIG-Senioren

Weihnachtsfeier an Bord der John Barnett

Austausch in vertrauter Runde

Auch im Jahr 2024 hatte sich der Seniorenbeauftragte Rainer Müller ins Zeug gelegt, um für unsere Pensionäre einen schönen Jahresabschluss zu gestalten. Hier sein Bericht von der Seniorenweihnachtsfeier an Bord eines Restaurantschiffes.



Weißt-du-noch-Geschichten an Bord der John Barnett



© Rainer Müller(2)

Jung trifft Erfahren – Martin Reichardt (stellvertretender Landesvorsitzender) und Renè Russek (Landeshauptvorstand) im Gespräch mit den DPoIG-Veteranen (Mitte von links)

Alle Jahre wieder lädt die DPoIG ihre Senioren zu einer Weihnachtsfeier ein. Diesmal, zwei Tage vor Nikolaus, trafen sich 20 Senioren in der gemütlichen Atmosphäre des Restaurantschiffs „John Barnett“ in Potsdam, um gemeinsam zu essen und zu plaudern. Gänsekeule, Kaffee und Kuchen waren eine schmackhafte Wahl für solch eine festliche Gelegenheit. Der Rückblick auf das vergangene Jahr und der Ausblick auf die geplanten Veranstaltungen für 2025 bieten eine tolle Möglichkeit, die Gemeinschaft zu stärken und die Vorfreude auf kommende Ereignisse zu wecken. Es ist auch

erfreulich, dass die Landesgeschäftsstelle und der stellvertretende Landesvorsitzende anwesend waren, was sicherlich zur Wertschätzung und zum Austausch beigetragen hat. Solche Zusammenkünfte sind wichtig, um den Kontakt und die Verbundenheit unter den Senioren zu fördern. Ich hoffe, dass alle Teilnehmer eine schöne Zeit hatten.

*Rainer Müller,
Seniorenbeauftragter der DPoIG Brandenburg*

Dienstrecht

Umstrittener Verfassungstreuecheck vor dem Aus?

Der Verfassungstreuecheck für angehende Beamte gehörte zu den Prestigeprojekten des ehemaligen Innenministers Michael Stübgen (CDU). Die neue Landesregierung vereinbarte im Koalitionsvertrag eine kritische Überprüfung dieses Instrumentes noch im Jahr 2025.

Was Michael Stübgen damals bewegte, die Einführung der in dieser Form bundesweit einmaligen Überprüfung voranzutreiben, wird er selbst am besten wissen. Fortan erfolgte für angehende Beamte eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz. Die DPoIG stand dem sogenannten Verfassungstreuecheck von Anfang an kritisch gegenüber und bezweifelte seine Notwendigkeit. Nach An-

sicht unserer Gewerkschaft waren die bis dahin vorhandenen Instrumente bewährt und ausreichend, um Extremisten aus dem Staatsdienst fernzuhalten.

Eine Einschätzung, die nun offensichtlich auch die neue Landesregierung teilt. Die Regierungsparteien SPD und BSW vereinbarten



© gerat/pixabay

Umstritten: Für angehende Beamte, auch bei der Polizei, erfolgt derzeit eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz.

eine Überprüfung dahingehend, ob dieser Check geeignet und die damit verbundenen Grundrechtseingriffe angemessen seien.

Gegenüber der Deutschen Presse-Agentur erklärte Innenministerin Katrin Lange (SPD): „Beim Ziel gibt es dabei keinen Dissens: Verfassungsfeinde gehören nicht in den Staatsdienst. Wir hatten aber

auch vorher schon alle Möglichkeiten, Extremisten wirksam aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. Ich war schon einmal Innenstaatssekretärin, ich kann das beurteilen.“

Dem kann sich die Deutsche Polizeigewerkschaft nur anschließen und wird die anstehende Evaluation begleiten – wie gewohnt kritisch und konstruktiv. Sehr zu wünschen wäre in diesem Zuge ebenfalls eine Rücknahme der letzten Änderungen im Disziplinarrecht, welche eine Entlassung aus dem Dienst per Verwaltungsakt ermöglichen und damit praktisch den bisher geltenden Richtervorbehalt aushebeln.

Zur Person

Katrin Lange (SPD)

Die neue Innenministerin ist bei der Brandenburger Polizei keine Unbekannte. Bereits zuvor immer wieder im Innenministerium tätig, war sie von 2016 bis 2019 Staatssekretärin beim damaligen Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD).

Anschließend wurde sie Finanzministerin in Brandenburg. Seit dem 11. Dezember 2024 leitet sie nun als Ministerin das Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg.

KV Cottbus/Spree-Neiße

Traditioneller Jahresabschluss

Das jährliche Bowlingturnier ist eine feste Größe im Kalender der DPoIG in Cottbus. Kreisvorsitzender Thomas Metag zum Bowlingcup:

Am 2. Dezember 2024 fand der jährliche Bowlingcup des KV Cottbus/Spree-Neiße mit anschließender Weihnachtsfeier statt. Als Sieger konnten sich, trotz starker Konkurrenz, bei den Damen Laura Lautenbach und bei den Herren Rico Tiedemann durchsetzen.

Vielen Dank für die rege Teilnahme, die gute Stimmung und den schönen Abend mit euch.

Euer Thomas

© T. Metag (2)



Für alle Beteiligten eine Menge Spaß und für Laura und Rico (Bildmitte) jeweils den Siegerpokal



Verkehrsrecht

Rotlichtfahrt vor Gericht

Wie verhält man sich als Radfahrer an einer scheinbar defekten Ampel, die dauerhaft auf Rot steht? Eine Verkehrsteilnehmerin in Hamburg wurde zunächst zu einer Geldstrafe verurteilt und ging in Berufung.



Das OLG Hamburg hat in zweiter Instanz über folgenden Sachverhalt zu entscheiden:

Eine Fahrradfahrerin wartet an einer für sie roten Ampel. Es ist später Abend, der Verkehr äußerst überschaubar. Die Ampel schaltet nicht um. Nach minutenlangen Warten entschließt sie sich, trotz Rot zu fahren.

Prompt wurde sie erwischt. Gegen das auferlegte Bußgeld legte sie Widerspruch ein. Das Amtsgericht verurteilte sie wegen eines vorsätzlichen Rotlichtverstößes zunächst zu einer Geldbuße von 100 Euro.

Dieses Urteil wurde vom OLG Hamburg kassiert. Wie eine Überprüfung ergab, verfügte



© williamcho

die Ampelanlage über eine Kontaktschleife, die nur von Kraftfahrzeugen ausgelöst werden kann. Mangels Verkehr schaltete sie nun für die Radfahrerin nicht um. In der Urteilsbegründung heißt es:

„Wenn eine Ampel durch technische Störungen dauerhaft Rot zeigt, hat sie keine rechtliche Wirkung. Radfahrer sind nicht verpflichtet, in solchen Fällen abzusteigen und als Fußgänger zu agieren. Die erhöhten Sorgfaltsanforderungen, die der Betroffenen beim Überqueren der Kreuzung oblagen, wurden nach Feststellung des Gerichts eingehalten.“

Das Urteil des Amtsgerichts wurde aufgehoben.

OLG Hamburg
(Az.: 5 ORbs 25/23)

Rechtsschutz

Rechtsberatung für DPoIG-Mitglieder

Rechtsberatungstermine für Mitglieder der DPoIG zu Fragen im Zusammenhang mit ihrer beruflichen oder gewerkschaftlichen Tätigkeit:

- öffentliches Dienstrecht
- Beamtenrecht
- Disziplinarrecht
- Tarifrecht
- Arbeitsrecht

- Personalvertretungs- und Betriebsverfassungsrecht

Ort:

Geschäftsstelle des dbb brandenburg
Weinbergstraße 36, 14469 Potsdam
Telefon: 0331.2753600

Datum:

Mittwoch, 12. Februar 2025
Mittwoch, 12. März 2025

Zeit:

10 Uhr bis 17 Uhr

Um vorherige Anmeldung wird gebeten.

Die Terminvereinbarung, Anmeldung und das Ausfüllen des Rechtschutzantrages sind über/in der Landesgeschäftsstelle der DPoIG Brandenburg, Telefon: 0331.2804455, erforderlich.

In stillem Gedenken

Einer von uns

Wieder ist einer von uns in Ausübung seines Dienstes ums Leben gekommen und wurde nur 32 Jahre alt. Wir trauern um einen Kollegen aus Sachsen, der am 7. Januar in Lauchhammer im Einsatz sein Leben verlor. In Gedanken sind wir bei den Angehörigen und den Hinterbliebenen. Einmal mehr führt uns dieses schreckliche Ereignis vor Augen, welche hohen Gefahren unser Beruf mit sich bringt und wie sehr das Risiko in den letzten Monaten und Jahren gestiegen ist.



© DPoIG